

Berlin, 22. Februar 2013

Steinbach: Weltweites Engagement für verfolgte Christen – Das „C“ ist für uns Programm“

Zu einem der zentralen Anliegen unserer menschenrechtspolitischen Arbeit, dem Engagement für verfolgte Christen und dem Einsatz für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Diskussionsrunde mit Experten und den NGOs Open Doors und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte durchgeführt. Dazu erklärt die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach:

„Die CDU/CSU wird auch in Zukunft der politische Ansprechpartner für die Anliegen verfolgter Christen sein. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit bleibt Schwerpunkt unseres menschenrechtspolitischen Wirkens. Eine Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und der gesamten Zivilgesellschaft ist dabei für uns unerlässlich.

Der jährlich erscheinende Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen christlichen Hilfswerkes Open Doors belegt die dramatische Lage der derzeit rund 100 Millionen aufgrund ihres Glaubens verfolgten Christen.

Die Bilanz unserer menschenrechtspolitischen Arbeit ist beachtlich. Die Öffentlichkeit beginnt sich intensiv mit den Themen Christenverfolgung und Religionsfreiheit auseinanderzusetzen, nicht zuletzt weil unser Fraktionsvorsitzender Volker Kauder persönlich mehrfach Reisen nach Ägypten unternahm und mit den neuen ägyptischen Machthabern offene Gespräche über die Lage der christlichen Minderheit führte. Dafür gilt ihm unser Dank.

Mit der Gründung des Stephanuskreises ist es Ute Granold MdB gelungen, das Thema über alle fachpolitischen Grenzen hinweg in unserer Fraktion inhaltlich und institutionell zu verankern.

Herausgeber

Michael Grosse-Brömer MdB

Redaktion

Ulrich Scharlack
030. 227-52360

Esther Uleer
030. 227-55375

Claudia Kemmer
030. 227-54806

Alexandra Müller
030. 227-52511

Dr. Matthias Höninger
030. 227-52703

Telefax
030. 227-56660

pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

Vor dem Hintergrund des Antrages der christlich-liberalen Koalition „Religionsfreiheit weltweit schützen“ unterrichtete die Bundesregierung den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe in dieser Legislaturperiode regelmäßig über die Situation religiöser Minderheiten in vielen Teilen der Erde. Die Solidarität mit allen diskriminierten religiösen Minoritäten ist für uns selbstverständlich.

Dabei ist die wissenschaftliche Expertise von Professor Thomas Schirmacher, des Direktors des Internationalen Institutes für Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz, für unser Engagement unentbehrliche Grundlage.

Die unermüdliche Arbeit von Open Doors und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ist ein wesentlicher Beitrag, um die Öffentlichkeit für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung. Wir werden der Verfolgung von Christen nicht tatenlos zuzuschauen, sondern immer wieder deutlich signalisieren: Wir stehen den Christen in schwierigen Situation weltweit bei.“